

83.010

**Wissenschaftliche Forschung.
Beiträge 1984 bis 1987
Recherche scientifique.
Contributions 1984 jusqu'à 1987**

Botschaft und Beschlussentwurf vom 16. Februar 1983 (BBI I, 1429)
Message et projet d'arrêtè du 16 février 1983 (FF I, 1405)

Beschluss des Ständerates vom 14. Juni 1983
Décision du Conseil des Etats du 14 juin 1983

Antrag der Kommission
Eintreten

Proposition de la commission
Entrer en matière

Schnyder-Bern, Berichterstatter: Die Bundesbeschlüsse über die Beiträge an die Forschungsförderung in den Jahren 1984 bis 1987 haben wir als Zweitrat zu behandeln. Es geht dabei um die Festsetzung eines Kreditrahmens zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung für die Dauer einer Legislaturperiode. Die jährlichen Zahlungskredite werden in den jeweiligen Budgets definitiv verabschiedet, so dass Sie noch einmal die Möglichkeit haben werden, auf die definitive Höhe derselben Einfluss zu nehmen.

Die Rechtsgrundlage für den ersten Bundesbeschluss finden wir im Forschungsgesetz, das auf den 1. Januar 1983 in Kraft gesetzt werden wird. Danach fördert der Bund die wissenschaftliche Forschung über die Forschungsinstitutionen Schweizerischer Nationalfonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung, Schweizerische Naturforschende Gesellschaft, Schweizerische Geisteswissenschaftliche Gesellschaft, Schweizerische Akademie der medizinischen Wissenschaften und Schweizerische Akademie der technischen Wissenschaften.

Die Rechtsgrundlage für den zweiten Bundesbeschluss, die Beiträge an die Krebsforschung, basiert auf Artikel 85 der Bundesverfassung, d. h. auf der allgemeinen Budgetkompetenz der Bundesversammlung; damit gehen die Beiträge an die Krebsforschung direkt aus der Bundesverwaltung an diese Institutionen.

Nun zum ersten Bundesbeschluss: Dieser blieb in der Kommission für Wissenschaft und Forschung grundsätzlich unbestritten. Wir beantragen Eintreten. Über die Höhe der zur Unterstützung der verschiedenen Institutionen vorgesehenen Beiträge entspannte sich eine ausgedehnte Diskussion. Wie Sie der Botschaft auf Seite 11 entnehmen, verlangte der Schweizerische Nationalfonds einen Rahmenkredit für die vier Jahre 1984 bis 1987 von 849 Millionen Franken. Er ging bei der Berechnung dieses Betrages von den bisherigen Beiträgen aus, stellte eine Jahresteuierung von 4 Prozent in Rechnung, machte geltend, dass mit der Einführung der zweiten Säule ab 1. Januar 1985 jährliche Mehrkosten von 6 Millionen Franken erwachsen würden. Auch gelte es, die in den letzten Jahren eingetretene reale Abnahme der Förderungsmittel aufzuholen, einen Nachholbedarf bei den wissenschaftlichen Apparaten und die Folgekosten neuer oder erweiterter Mitgliedschaften des Bundes in internationalen wissenschaftlichen Unternehmungen mitzubersichtigen.

Der Bundesrat konnte diese Argumente wohl würdigen, sah sich aber gezwungen, die gestellten Anträge aus Spargründen um 110 Millionen Franken zu kürzen. Der Ständerat folgte dem bundesrätlichen Antrag. Die Mehrheit unserer Kommission liess sich indessen davon überzeugen, dass auf die ursprüngliche Kreditforderung des Nationalfonds zurückzukommen sei und beantragt Ihnen, den ursprünglich angebehrten Kreditrahmen von 739 Millionen Franken um die gekürzten 110 Millionen Franken aufzustocken.

Als Gründe habe ich Ihnen die folgenden in Erinnerung zu rufen:

1. Gerade in Zeiten wirtschaftlicher Schwierigkeiten sollte nach unserer Auffassung bei der Forschung nicht gespart werden. Forschungsbeiträge sind ihrem Wesen nach Investitionen. Sie schaffen unmittelbar Arbeitsplätze.

2. Andere industrialisierte Länder, vor allem die USA, Japan und Frankreich, setzen zur Bekämpfung der Rezession für die Forschung bedeutende zusätzliche Mittel ein. Um die internationale Konkurrenzfähigkeit, vor allem auf den Gebieten der Elektronik und der Mikrotechnik, zu erhalten, darf die Schweiz hier nicht abseits stehen.

3. Im Jahr 1981 wurden die Forschungskredite durch die Sparmassnahmen des Bundes erstmals real gekürzt. Gesamthaft mussten 180 Stellen für Forscher aufgehoben werden. Dadurch wurden wichtige Forscherteams gefährdet. Ein Stellenabbau bleibt nicht ohne Auswirkungen auf die Forschungsqualität. Der daraus sich ergebende Substanzverlust des schweizerischen Forschungsniveaus wird längerfristig unabsehbare negative Folgen zeitigen. Im besonderen ist in diesem Zusammenhang auf den Rückstand in der Erneuerung wissenschaftlicher Apparate hinzuweisen, der in späteren Zeiten schwer und nur mit noch grösseren Mitteln aufzuholen sein wird.

4. Durch die Kürzung, wie sie der Bundesrat vorschlägt, ist die Förderung des einheimischen wissenschaftlichen Nachwuchses gefährdet. Unsere Hochschulen haben bereits heute Schwierigkeiten, qualifizierte einheimische Lehrkräfte zu finden. Zudem ist die Einheit von Lehre und Forschung nicht mehr gewährleistet, wenn mangels Forschungskrediten der Schwerpunkt zu stark auf die Lehre gelegt werden muss.

5. Der starke Anstieg der Studenten und damit der Absolventenzahlen in den letzten Jahren rechtfertigt erhöhte Forschungsbeiträge an die Hochschulen. Eine Sinstierung der Mittel würde bedeuten, dass die heutige Absolventengeneration gegenüber früheren benachteiligt wird. Mit der Unterstützung junger Forscher werden auch Innovationen und neue Forschungsideen gefördert.

Aus all diesen Gründen beantragen wir Ihnen, den Rahmenkredit von 739 Millionen Franken um 110 Millionen auf 849 Millionen Franken aufzustocken, pro Jahr also um 27,5 Millionen Franken. Dieser Beschluss wurde übrigens mit 13 zu 4 Stimmen gefasst. Wie Sie ausserdem aus der Fahne entnehmen können, hat der Ständerat in seinen Beratungen den Absatz 2 des Artikels 1 gestrichen. Es handelt sich dabei um zusätzliche Mittel, die bei der Einführung der zweiten Säule erforderlich werden. Mit 18 zu 17 Stimmen folgte der Ständerat dem Antrag Letsch, der verlangte, dass so gut wie in der Privatwirtschaft diese zusätzlichen Kosten irgendwie verkraftet werden müssten. Nun, Forschungskosten können in der Regel nicht – wie das in der Privatwirtschaft möglich ist – auf den Markt abgewälzt werden, so dass die Übernahme dieser zusätzlichen Kosten den Abbau von rund 150 Forschungsstellen zur Folge hätte. Dies ist der Grund, weshalb unsere Kommission einstimmig, mit einer Enthaltung, beschlossen hat, den Absatz 2 beizubehalten. Falls Sie allerdings die Krediterhöhung im Absatz 1 beschliessen sollten, fällt der Absatz 2 dahin, zumal die Mehrausgaben der zweiten Säule in den zusätzlich geforderten 110 Millionen Franken inbegriffen sind.

Zu den Artikeln 2 und 3 finden Sie Erhöhungsanträge zu den vorgesehenen Krediten von je 600 000 Franken an die Schweizerische Naturforschende Gesellschaft und die Schweizerische Geisteswissenschaftliche Gesellschaft, also je 150 000 Franken Zusatzkredite pro Jahr. Die Mehrheit der Kommission – in einem Falle war das Stimmenverhältnis 11 zu 8, im anderen 10 zu 9 – nimmt den im Ständerat von Ständerätin Bühner gestellten Antrag wieder auf. Frau Bühner unterlag im Ständerat mit 7 zu 25 Stimmen.

Um was geht es? Die beiden genannten Gesellschaften beschäftigen sich in erheblichem Masse mit Publikationen von wissenschaftlichen Erkenntnissen in unseren Landes-

sprachen, also auch mit zahlreichen Übersetzungen. Sie sind deshalb von der überdurchschnittlichen Teuerung im grafischen Gewerbe ganz besonders betroffen. In der Vergangenheit konnte hier die Teuerung noch einigermaßen aufgefangen werden, was in Zukunft kaum mehr der Fall sein wird. In zweiter Linie erbringen diese beiden Gesellschaften ein ausserordentlich hohes Mass an Eigenleistungen, nämlich rund 75 Prozent. Bei diesem hohen Grad an Eigenleistung wiegt jede Kürzung doppelt schwer und wird direkte Auswirkungen auf die Aktivitäten haben. Die Mehrheit der Kommission ist der Meinung, hier sollte trotz allen Sparanstrengungen ein Zeichen gesetzt werden, zumal die vom Bundesrat gekürzten Anträge diese Institutionen in ernsthafte Schwierigkeiten bringen dürften.

Zum zweiten Bundesbeschluss, den Beiträgen an die Krebsforschung in den Jahren 1984 bis 1987: Hier gelten die gleichen grundsätzlichen Überlegungen wie beim ersten Bundesbeschluss. Ich verzichte auf deren Wiederholung. Der Wissenschaftsrat empfiehlt einen Gesamtbetrag für die Jahre 1984 bis 1987 von insgesamt 26,08 Millionen Franken. Damit soll die Spezialförderung der Krebsforschung weitergeführt werden. Zusätzlich zum Teuerungsausgleich soll der Beitrag an die Krebsforschung 1984 um 4 Prozent angehoben werden, was die Mehrkosten für die zweite Säule ausgleicht sowie dem Wunsch nach einer bescheidenen Realerhöhung entspricht. Aber auch hier konnte der Bundesrat den Antrag des Wissenschaftsrates aus sparpolitischen Gründen nicht übernehmen. Er rechnete lediglich mit einer Zuwachsrate von jährlich 4 Prozent, was schliesslich einem Gesamtbetrag von 23,645 Millionen Franken entspricht.

Dem Antrag des Bundesrates, welcher vom Ständerat übernommen wurde, schlossen sich zwei Mitglieder unserer Kommission an. Zwölf vertreten die Auffassung des Wissenschaftsrates und verlangen, mit Kollege Cevey, die Heraufsetzung des Kreditrahmens um 3,3 Millionen Franken auf 26,945 Millionen Franken. Herr Cevey wird seinen Antrag, wie er von der Kommission unterstützt wird, noch separat begründen.

Ich fasse zusammen: Nach Beratung der Vorlage beantragt Ihnen die Kommission für Wissenschaft und Forschung Eintreten mit folgenden Änderungen: Beim Bundesbeschluss über die Beiträge an die Institutionen der Forschungsförderung in den Jahren 1984 bis 1987: Artikel 1 Absatz 1 Erhöhung des Höchstbetrages von 739 Millionen Franken auf 849 Millionen, also um 110 Millionen Franken; Artikel 1 Absatz 2 streichen, wenn Artikel 1 Absatz 1 in diesem Sinne angenommen wird, sonst stehen lassen; Artikel 2: Erhöhung des Beitrages an die Naturforschende Gesellschaft von 9,23 Millionen auf 9,83 Millionen Franken; Artikel 3: Erhöhung des Beitrages an die Schweizerische Geisteswissenschaftliche Gesellschaft von 7,71 Millionen Franken auf 8,31 Millionen Franken.

Beim Bundesbeschluss über die Beiträge an die Krebsforschung in den Jahren 1984 bis 1987 schliesslich beantragen wir in Artikel 1 Absatz 1 eine Erhöhung des Beitrages von 23,645 Millionen Franken auf 26,945 Millionen Franken. Die Anträge sind in der Fahne ersichtlich.

Zusammenfassend: Alle diese Anträge erfordern einen jährlichen Mehraufwand von 28,625 Millionen Franken. Ich bitte Sie im Namen der Kommission für Wissenschaft und Forschung, darauf einzutreten und so zu beschliessen.

M. Darbellay, rapporteur: La Confédération encourage la recherche de diverses manières et particulièrement en accordant des subsides aux institutions spécialisées en ce domaine. Elle travaille d'ailleurs avec un souci de coordination conforme à la loi sur la recherche. Pour la première fois, elle nous présente un programme complet, comportant les dépenses de l'ensemble de la prochaine législature, soit des années 1984 à 1987, en deux arrêtés, le premier s'adressant au Fonds national suisse de la recherche scientifique, à la Société helvétique des sciences naturelles, à la Société suisse des sciences humaines, à l'Académie suisse des sciences médicales et le second, l'arrêté B, concernant la recherche sur le cancer. L'institution la plus importante en

ce domaine est le Fonds national suisse de la recherche scientifique. Il a comme mission expresse d'encourager la recherche fondamentale et le souci de la relève scientifique. La plus grande partie des fonds dont il dispose est affectée à la recherche dans les hautes écoles. En 1983, ce fonds émergeait pour 146,7 millions au budget de la Confédération. En valeur réelle, cette somme était inférieure à ce qu'elle était en 1972: nous prenons ainsi un tournant dangereux! A partir de 1979, nous n'avons plus assuré à la recherche les potentialités dont elle disposait auparavant. Les dépenses réelles, ces dernières années, sont de 10 pour cent au moins inférieures à ce qu'elles étaient en 1979. Conséquence immédiate: la baisse du potentiel de recherche correspond à 180 postes de chercheurs à plein temps. La demande du Fonds national prévoyait de rattraper ce retard et, pour ceci, il aurait fallu déjà pour l'année 1984 un supplément de 17 millions de francs. Ensuite, pour tenir compte de l'augmentation des dépenses dans les universités, relatives essentiellement à l'augmentation des effectifs, il aurait fallu prévoir par année une augmentation réelle de 2,5 pour cent. C'est ainsi que pour les quatre années à venir, le Fonds national suisse de la recherche scientifique demandait un montant total de 849 millions de francs. Le Conseil fédéral, tenant compte de l'impératif que nous lui donnons et que nous lui renouvelons à chaque instant de réduire les dépenses, a réduit aussi ses prétentions qui avaient pourtant été considérées comme justifiées par le Conseil de la science. Le Conseil fédéral a donc diminué de 110 millions ce montant, pour le réduire à 739 millions. Il ajoutait, il est vrai, un alinéa 2 à l'article 1^{er}, prévoyant que les dépenses inhérentes à l'introduction du deuxième pilier puissent être prélevées en dehors de ces 739 millions. En un premier temps, la Commission de la science et de la recherche avait accepté ces vues du Conseil fédéral. Ensuite, à partir de la proposition de M. Bonnard, elle a réétudié le problème et elle a estimé, à une grande majorité, que nous pratiquons en ce domaine, une politique des plus dangereuses. La Suisse ne peut maintenir son potentiel économique qu'en restant à la pointe du progrès. Nous devons conserver le haut niveau de la recherche, à l'instar des autres pays industriels qui le font avec une acuité particulière, au moment où certains signes de récession se manifestent. On lutte contre la dépression économique par un effort accru dans le domaine de la recherche. La commission a donc jugé bon d'en revenir au projet initial et elle vous propose, non pas les 739 millions du Conseil fédéral, mais les 849 millions qui étaient demandés par le Fonds national et qui étaient approuvés par le Conseil de la science. Nous pensons ainsi pouvoir permettre un engagement intensifié en ce qui concerne spécialement la recherche dans le domaine des sciences naturelles et dans celui de la médecine. Les autres associations citées tout à l'heure exercent un rôle important, chacune dans leur domaine, mais d'une manière plus modeste. Elles favorisent la recherche, les contacts avec l'étranger et tout spécialement l'édition de publications. Il est à relever ici que tant la Société helvétique des sciences naturelles, la Société suisse des sciences humaines que l'Académie suisse des sciences médicales, travaillent en partie avec les fonds de la Confédération, et en partie avec les fonds propres qu'elles obtiennent d'autres sources. Cela veut dire que chaque fois que nous donnons 1 franc, en gros, à ces sociétés, ce sont 4 francs qu'elles peuvent investir dans leur domaine propre.

Je parlerai maintenant de l'arrêté B relatif à la recherche sur le cancer. Le problème s'est posé à son sujet à peu près de la même façon que pour les autres sociétés de recherche. Le Conseil fédéral avait réduit, là aussi, la participation à 23,6 millions de francs. Après l'intervention de M. Cevey, la commission a été d'accord de revenir au montant initialement prévu de 26,9 millions de francs. Nous avons également des recherches importantes à faire en ce domaine. La Suisse s'est distinguée aussi bien dans les recherches cliniques que dans les recherches expérimentales et elle ne doit point diminuer son potentiel en la matière.

En conclusion, je vous invite à voter l'entrée en matière et à

accepter les diverses propositions de la Commission de la science et de la recherche. Ces diverses propositions représentent un montant de 849 millions pour les quatre années pour le Fonds national suisse de la recherche scientifique, 9,83 millions pour la Société helvétique des sciences naturelles, en augmentation de 0,6 million sur les propositions du Conseil fédéral, 8,31 millions pour la Société suisse des sciences humaines, en augmentation aussi de 0,6 million sur les propositions du Conseil fédéral, 1,6 million comme le propose le Conseil fédéral pour l'Académie suisse des sciences médicales et enfin, 26,9 millions, en augmentation de 3,3 millions par rapport à la proposition du Conseil fédéral pour la recherche sur le cancer. Tous ces montants, je le répète, s'entendent pour l'ensemble des quatre prochaines années.

Müller-Aargau: Die unabhängige und evangelische Fraktion hat mich beauftragt, für die Vorlage Eintreten zu empfehlen und nicht nur den ursprünglichen vom Bundesrat vorgeschlagenen Beiträgen zuzustimmen, sondern auch eine Erhöhung im Sinne der Kommissionsmehrheit zu befürworten.

Diesem Beschluss ging in der Fraktion eine grundsätzliche finanzpolitische Debatte voraus. Wir müssen uns jedenfalls bewusst sein, dass die Zeit der leichtsinnigen Erhöhungen von Bundesmitteln vorbei ist. Wenn der Bundesrat seine Führungsaufgabe wahrnehmen und seine Budgetpolitik dem engen finanziellen Rahmen anpassen will, so ist es von seiten der eidgenössischen Räte grundsätzlich höchst fragwürdig, diese Zurückhaltung aufzuheben und den sogenannten Sternmarsch auf die Bundeskasse fortzusetzen und die Sympathie einmal dieser, dann wieder jener Institution einzuholen. Die Basarmentalität sollte endgültig der Vergangenheit angehören. Aber ich werde und will nicht den Geist Otto Fischers im Rate beschwören. Gezielte Erhöhungen von Beträgen sind eine Frage der Prioritätenordnung.

Zwei Gedanken möchte ich hier in die Debatte werfen. Wir haben in unserer Finanzpolitik erstens zu unterscheiden zwischen Betriebs- und Verwaltungskosten einerseits und Investitionen andererseits. Ausgaben für Wissenschaft und Forschung sind genauso wie die Kosten für die Schulung in tieferem Sinne Investitionen. Wenn auch die Resultate dieser Investitionen nicht klar gesehen werden können, so sind sie doch berechenbar. Vergleichende Untersuchungen bei wenig entwickelten Ländern in Europa und in den Schwellenländern haben ergeben, dass ein enges Verhältnis zwischen den Lehr- und Forschungsausgaben des Staates und dem Sozialprodukt besteht. Staaten, die entsprechende Investitionen tätigen, erhöhen die Wertschöpfung ihrer Wirtschaft. Ich wage es fast nicht zu sagen, aber die Rendite von Bildungs- und Forschungsinvestitionen beläuft sich nach dieser Studie auf rund 9 Prozent. Stolz fühle ich mich der volkswirtschaftlich effizientesten Produzentengruppe zugehörig, denn ich wirke im Lehramt. Gerade weil wir eine strukturelle Arbeitslosigkeit haben, kommt der Ausbildung eine grössere Bedeutung zu. Dabei darf Ausbildung und Forschung nicht eng gefasst werden. Es ist verheerend, wenn wir immer wieder neu, aufgrund von gewissen Alarmzeichen auf dem Wirtschafts- oder Arbeitsmarkt, nach neuen wissenschaftlichen und lehrmässigen Schwerpunkten rufen.

Im Moment ist es die Computertechnik, morgen werden es vielleicht die Biologie und Ökologie sein, übermorgen rufen wir aufgrund kürzerer Arbeitszeiten nach Animatoren auf allen Gebieten, um in der Freizeit sinnvoller Tun und Wirken anzubieten. Wer in der Wirtschaft an die läuternde Wirkung des Marktes glaubt und Planung und künstliche Gewichtung ablehnt, der soll dasselbe Prinzip auch auf dem Gebiet der Wissenschaft und Forschung anwenden oder tolerieren. Lassen wir die Formel vom «Selbstbedienungsgladen» beim Nationalfonds oder die Vorwürfe und Formeln, dass hier Hobbies gepflegt würden. Wir verfügen nun über ein Forschungsgesetz, wir diskutieren vor der Kreditausgabe und nach Ablieferung der Resultate die Forschungspro-

litik. Dazwischen lassen wir die freie Forschung wirken; das soll jetzt respektiert werden.

Auf allen Gebieten passieren sogenannte «Leerläufe». Das Forschungsergebnis «Nein» ist für die weitere wissenschaftliche Tätigkeit ein wichtiges positives Ergebnis. Es ist nur scheinbar ein «Leerlauf».

Im Gegensatz zu Sachinvestitionen sind Bildungs- und Forschungsausgaben langfristig zu planen. Das Denken in Haushaltjahren ist hier verderblich und verfehlt.

Damit komme ich zu Punkt zwei: Die unabhängige und evangelische Fraktion hat sich zur Aufgabe gemacht, das Gewicht der finanziellen Leistungen der öffentlichen Hand generell zugunsten von Wissenschaft und Kultur zu verschieben. In der Entwicklung, die sich überall abzeichnet, geht der Weg der hochentwickelten Staaten von der Quantität zur Lebensqualität. Wir müssen hier Vorarbeit leisten. Diese Vorarbeiten sollen nicht erst dann beginnen, wenn Krisensymptome sichtbar werden. Die Jugendunruhen 1980 waren ein solches Zeichen, ebenso die Abkehr vom Staate, der Weg in den übertriebenen Individualismus, die Herausbildung von Regionalismus usw. Wir müssen festhalten: der technokratische Staat ist weitgehend ein ungeliebter Staat. Höhere Lebensqualität oder, wie ich es in der Jugendpolitikdebatte in diesem Rate genannt hatte: die Gemütlichkeit in diesem Staate, verlangt von uns ein gewisses Umdenken und damit das Setzen von neuen Prioritäten. Auch aus diesen Gründen kam die unabhängige und evangelische Fraktion mehrheitlich zum Schluss, den beantragten Erhöhungen zuzustimmen.

Es gibt wohl keine besseren Investitionen als den Einsatz auf dem Gebiete von Wissenschaft und Forschung und damit, als Begleiterscheinung, für Lehre und Ausbildung. Eine uralte Formel, und eine bekannte elterliche Ermahnung. Wir müssen das aber nicht nur unseren Töchtern und Söhnen als dauernde Mahnung mitgeben. Wir haben als Politiker auf dieser Ebene ein Gleiches zu tun.

Im Namen der Mehrheit unserer Fraktion beantrage ich Ihnen, darauf einzutreten, und Zustimmung zu den Anträgen der Kommission.

Mme Deneys: L'encouragement de la recherche scientifique constitue une tâche prioritaire de la Confédération pour le groupe socialiste. Ses représentants dans la Commission de la science et de la recherche avaient émis, lors de la séance tenue à Lausanne, de sérieuses critiques à l'égard du projet du Conseil fédéral qui propose de diminuer considérablement les montants des demandes présentées par les organes responsables de la recherche. C'est pourquoi nous avons soutenu ultérieurement les propositions visant à ramener les contributions fédérales aux sommes jugées indispensables par des gens qui sont, pour la plupart, aussi soucieux que nous des finances publiques, mais qui sont en même temps chargés de maintenir en Suisse un niveau de recherche suffisant. Cette responsabilité nous la partageons avec eux. Nous ne pouvons pas simplement ignorer ici les conséquences d'une politique à courte vue dans ce domaine. Nous devons en tout cas considérer quelques éléments d'appréciation importants, parmi bien d'autres qu'on a souvent rappelés à cette tribune.

D'abord, la période que nous vivons est caractérisée par une profonde mutation technologique, une nouvelle révolution industrielle, le passage à l'ère de la microtechnique et de l'électronique. Il faut consentir maintenant des efforts intellectuels et des moyens financiers à la mesure des problèmes qui se posent, si la Suisse entend garder sa place parmi les nations industrielles et préserver, de manière autrement plus solide que par la seule défense armée, son indépendance nationale. Un programme de recherche permet bien plus sûrement qu'un programme d'armement de garantir l'existence de la population, raison pour laquelle il relève justement des tâches essentielles de l'Etat. Mais les nouveaux développements technologiques – on l'a vu à propos de l'équipement des PTT – exigent des moyens qui dépassent ceux d'une entreprise, même multinationale, et ceux d'une petite nation. Sans doute faudra-t-il pour atteindre le

niveau des Etats-Unis ou du Japon, en particulier, établir des programmes conjoints avec d'autres Etats de l'Europe occidentale. La Suisse doit encourager de telles réalisations et se préparer à y participer en consacrant aujourd'hui des moyens supplémentaires à ce type de recherche orientée vers des produits, des procédés et des systèmes industriels en pleine transformation. Un programme d'impulsion spécifique pourrait d'ailleurs constituer une seconde voie possible dans ce secteur. Il faudra aussi à l'avenir abandonner des recherches de pur prestige ou, au moins, répartir plus judicieusement les montants disponibles.

Mieux que des programmes de relance ponctuels, dont on attend brusquement des miracles pour maintenir les emplois et lutter contre la récession, un effort régulier, constant, cohérent en matière de formation, de recherche fondamentale et appliquée, permet d'assurer des places de travail et des revenus suffisants aux habitants de notre pays. Les universités cantonales, les centres de recherche installés ailleurs que dans les grandes villes doivent être soutenus dans leur rôle de décentralisation et de diffusion de la recherche. Il n'y aura pas sans cela de politique régionale réussie.

Le nombre croissant d'étudiants dans les universités cantonales entraîne de lourdes charges pour ces cantons qui doivent consacrer davantage de moyens à l'enseignement et qui sont contraints, par conséquent, de limiter les investissements d'équipement et de recherche. Mais c'est encore bien plus la formation des jeunes chercheurs potentiels qui est sérieusement compromise. L'inégalité de traitement entre les étudiants des années 1980 à 1990 et ceux des années 1960 à 1970 serait d'autant plus choquante que nous avons maintenant, et pour une brève période, à nous occuper des jeunes nés durant les années de forte natalité. Nous savons d'expérience, par ailleurs, qu'une politique d'économie à tout prix en matière de recherche et de développement provoque l'émigration des meilleurs et coûte finalement très cher. Que l'on se rappelle simplement les raisons qui ont poussé à la création du Fonds national de la recherche scientifique! Supprimer des postes de jeunes chercheurs, ne pas en créer de nouveaux est d'autant plus absurde s'il faut verser à de jeunes diplômés des indemnités de chômage que nous finançons tous. N'oublions pas non plus que la diminution de la natalité ferme la porte de l'enseignement à de nombreux jeunes universitaires.

On a insisté au mois d'octobre, juste avant les élections, sur le dépérissement des forêts et sur les déséquilibres qui affectent notre environnement. Au cours de chaque session, on évoque le problème des coûts croissants de la santé, ou de la maladie, si vous préférez. Des recherches approfondies et différenciées sont absolument nécessaires pour trouver de meilleures solutions aux problèmes à la fois techniques et sociologiques que nous rencontrons, la diversification et l'utilisation rationnelle des sources d'énergie, par exemple, ou bien la prévention sérieuse des maladies et des accidents. Mieux connaître et mieux agir avec la nature, y compris l'être humain, renvoie autant à l'étude de la matière qu'à celle du comportement humain, des relations sociales, des relations entre l'homme et l'environnement.

La recherche doit donc être, davantage que jusqu'à présent, conçue et structurée dans un esprit pluridisciplinaire afin que des résultats partiels s'intègrent dans un développement global logique, pour aboutir à des applications utiles et socialement rentables. Cette nouvelle dimension de la recherche nécessite des moyens financiers adaptés.

Enfin, les contributions destinées à aider les différentes sociétés scientifiques suisses sont justifiées parce qu'elles permettent à des gens entrés dans la vie professionnelle de maintenir leurs intérêts et leurs capacités intellectuelles en éveil. Elles sont un instrument extrêmement précieux de formation permanente, d'émulation et de collaboration qu'il faut absolument maintenir en état de fonctionner dans l'intérêt même de la communauté. C'est pourquoi nous vous prions instamment de soutenir leurs efforts et d'accepter les propositions de la majorité de la commission, en repoussant celles de M. Lüchinger.

Finalement, nous vous demandons d'adopter également la proposition de la commission en ce qui concerne la subvention destinée à la recherche sur le cancer qui figure dans l'arrêté B.

En conclusion, au nom du groupe socialiste, je vous recommande d'accepter, sur tous les points, les propositions de la Commission de la science et de la recherche ou de sa majorité dans les cas controversés.

Hier wird die Beratung dieses Geschäftes unterbrochen

Le débat sur cet objet est interrompu

Schluss der Sitzung um 19.30 Uhr

La séance est levée à 19 h 30

Wissenschaftliche Forschung. Beiträge 1984 bis 1987

Recherche scientifique. Contributions 1984 jusqu'à 1987

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1983
Année	
Anno	
Band	V
Volume	
Volume	
Session	Wintersession
Session	Session d'hiver
Sessione	Sessione invernale
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	08
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	83.010
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	12.12.1983 - 14:30
Date	
Data	
Seite	1760-1763
Page	
Pagina	
Ref. No	20 012 044

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.